



INHALT

GGG aktuell

Klausur der GGG	62
Einladung zum Kongress	63
Termine	63

GGG intern

Lothar Sack zum 75. Geburtstag	64
Jubiläen	64
Einladung zur Mitgliederversammlung	69

GGG aus den Ländern

Länderberichte	65
----------------	----

Klausur der GGG am 17./18.09.2016

Funktion und Wirksamkeit der GGG, ihre öffentliche wie auch die innere Wahrnehmung war zuletzt immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Auch die Mitgliederzahlen geben Anlass darüber nachzudenken, wie wieder eine größere Resonanz und Unterstützung zu gewinnen wäre. Der letzte Hauptausschuss hat darum beschlossen, im Anschluss an seine nächste Sitzung eine Klausur in gemeinsamer Trägerschaft von Bund und Landesverbänden durchzuführen.

Neben einer vergewissernden Klärung von Auftrag und Funktion der GGG in der heutigen bildungspolitischen Situation gilt es dabei vor allem, die Aufgaben und Wirksamkeit der verschiedenen Gremien und Veranstaltungen zu diskutieren und gemeinsam neue Formen und Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Als Ort haben wir die Reinhardswaldschule in Fulda bei Kassel gewählt – landschaftlich schön gelegen und zugleich ein historisch bedeutsamer Ort hessischer Schulentwicklung in den letzten 45 Jahren. Dort haben wir genügend Raum, um uns mit externer Moderation ausgiebig und in Ruhe unseren Zukunftsfragen zu widmen.

Zur Vorbereitung wurden die Landesvorstände gebeten, ihre landesspezifischen Aktivitäten im Blick auf Ziele, Wirksamkeit und Effizienz zu prüfen und die Ergebnisse vorab einzubringen. **Alle Mitglieder sind**

herzlich eingeladen an dieser Klausur teilzunehmen – im HA haben wir verabredet, dass die Landesverbände auch die Kosten für weitere Teilnehmer aus ihren Ländern übernehmen. Anmeldungen daher bitte bis **spätestens 15.08.2016 zugleich** an die Bundesgeschäftsstelle **und** den eigenen Landesvorstand richten, damit Zimmerbestellung und anfallende Kosten geklärt werden können. Bundesvorstand und Hauptausschuss freuen sich auf zahlreiche Teilnahme!

Ausfall des Bundesgeschäftsführers

Michael Hüttenberger ist leider sehr schwer erkrankt und musste seine Funktion als hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer aufgeben, um sich ganz auf Operation, Therapien und Wiedergenesung konzentrieren zu können. Frühestens im Januar 2017 ist abzusehen, ob und in welcher Form Michael die Funktion wieder aufnehmen kann. Bis zu einer dauerhaften Klärung wird Werner Kerski die Geschäfte führen, unterstützt von Maren Goldenstein, die jeweils dienstags in der Geschäftsstelle in Stedesdorf in organisatorischen Fragen telefonisch ansprechbar sein wird. Weitergehende Fragen bitte am besten per Mail direkt an die Mitglieder des Vorstands richten.

GERD-ULRICH FRANZ

BV-Sitzung im April 2016 in Kassel
(von links) Ingrid Ahring, Lothar Sack,
Gerd-Ulrich Franz, Werner Kerski;
es fehlen Barbara Riekman und
Michael Hüttenberger



„Eine für Alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ Kongress am 26. / 27.09.2016, UNI-Frankfurt, Campus Westend

Warum die GGG diesen Kongress mit vorbereitet und ausrichtet – warum wir auf eure zahlreiche Teilnahme zählen!

Noch immer wird ‚Inklusion‘ meist auf die Integration Behinderter im Alltag und in der Schule reduziert. Zugleich kämpfen wir nach wie vor gegen die grassierende Exklusion im Schulwesen durch die Verteilung auf die Schulformen in der Sekundarstufe. Mit diesem Kongress soll ein breiter Inklusionsbegriff als gesellschaftliche Basis, als unveräußerliches Menschenrecht und Auftrag für die Gestaltung der öffentlichen Schule in den Mittelpunkt gerückt werden. Alle gehören dazu, niemand darf wegen einer persönlichen Beeinträchtigung oder sozialen Benachteiligung schulisch benachteiligt und ausgegrenzt werden. Dieser Maxime folgt die GGG seit ihrer Gründung 1969. Der Kongress wird nun aus internationaler und wissenschaftlicher Sicht diesen Anspruch erneut bekräftigen, alte und neue Barrieren benennen und Wege zu deren Überwindung aufzeigen. Es gilt einmal mehr, die ‚Nebenwirkungen‘ der menschenrechtswidrigen Praxis des deutschen Schulwesens bewusst zu machen. Die Vorträge und Foren sollen

unsere bisherigen Argumentationen ergänzen, stärken und vertiefen.

Wir laden darum alle dieser Schulidee verbundenen Menschen ein. Eltern, Lehrkräfte, Schulgestalter und -verwalter, Entscheidungsträger und, und ... sind aufgefordert, den Kongress durch ihre zahlreiche Mitwirkung zu einem starken Signal für die Öffentlichkeit und uns selbst zu machen. Er ist für uns Auftakt und Verpflichtung bis 2019 (100 Jahre nach Einführung der Grundschule einheitlich für Deutschland) endlich die gemeinsame Schule für Alle bis zum Ende der Schulpflicht nachhaltig als unabweisbaren Handlungsauftrag für die Entwicklung des Schulwesens in Deutschland zu verankern. Diesen Schulerschluss wollen wir durch intensiven Austausch und persönliche Kontakte stärken. Dem dient auch die Idee, Kongressteilnehmer/-innen bei Mitgliedern im Raum Frankfurt unterzubringen – und nebenbei so auch die Teilnahmekosten zu senken. Anfragen hierzu bitte per Mail richten an:

geschaeftsstelle@ggg-hessen.de. Die GGG baut auf euer ungebrochenes Engagement für unsere gemeinsame Idee – packen wir es an!

Informationen zum Programm und zur Anmeldung unter:

www.eine-fuer-alle.schule



Engagiertes Lernen

Termine	Veranstaltung	Ort
19.07. bis 20.07.2016	BV	Kassel
15. bis 16.08.2016	LV NI Fachtagung für Schulleitungsteams / Regionalabteilung Hannover	Hessenkopf, Goslar
15.09.2016	RP Gesamtschultag der GEW und GGG Anschließend MV der GGG RP	IGS Kurt Schumacher, Ingelheim/Rh.
16.09. bis 17.09.2016	BV/HA	Reinhardswaldschule, Fuldataal
17.09. bis 18.09.2016	Klausur der GGG	Reinhardswaldschule, Fuldataal
26.09. bis 27.09.2016	GEW, GSV, GGG u. a. Bundeskongress „Eine für Alle – Die inklusive Schule für die Demokratie	Frankfurt/M.
05.11.2016	GGG Bund Mitgliederversammlung	Kassel

Lothar Sack zum 75. Geburtstag



„Ich bin ein Berliner“, könnte Lothar Sack mit Fug und Recht sagen, tut er aber nicht. Der echte Berliner sagt das nicht, er ist einfach in Berlin geboren, wie Lothar Sack am 17. April 1941, mitten im Schöneberger Kiez. Dort ist er aufgewachsen, fünf Häuser weiter in die Grundschule gegangen, vier Jahre später dann fünf Straßen weiter auf die gerade gegründete erste Grundschule mit Latein, denn seine Mutter wollte, dass aus ihm was Besseres wird. Als Student, also, wie er selbst sagt, bevor er zu studieren begann, hat er verstanden, wie wichtig es ist, politisch Position zu beziehen, und unermüdlich den rationalen Diskurs geübt. Und unermüdlich ist Lothar Sack bis heute geblieben.

Oder hat schon jemand erlebt, dass er müde geworden wäre bei Diskussionen und Gesprächen, die er beharrlich und wortreich führt? Eher sind es die Gegner, bisweilen auch die Partner, die ermüden, seine Ausdauer hat dem zehnmaligen

Marathonläufer zu manchem Erfolg verholfen. Ausdauernd und fundiert benennt er bei einer belanglosen Autofahrt durch Berlin gewichtige Fakten, historische, politische, kulturelle, und so nebenbei weiß er auch, dass die gerade über die Hochbrücke rumpelnden U-Bahn-Wagen „Gisela“ heißen. Niemand kennt den BVG-Fahrplan so gut wie er, und man muss, wenn man fragt, schon genau wissen, ob man den kürzeren oder den schnelleren Weg bevorzugt.

„Ich bin ein Perfektionist“, würde er von sich aus nicht sagen, aber auf Nachfrage zugestehen. Dass er ein Genießer ist, bemerkt man erst auf den dritten Blick, auf den zweiten erkennt man den Kulturmenschen, exzellenten Tangotänzer, Kunst- und Musikliebhaber. Wenn wundert's dann noch, wenn er nach einem Konzert im Piano-Salon den eben gehörten klassischen Mussorgsky-Sonaten die Emerson, Lake & Palmer-Version gegenüberstellt – mit sicherem Griff aus dem wohl gefüllt wie geordnetem CD-Regal gezogen. Oder die Frage nach der Vielfalt der Sommerblumen auf seiner Dachterrasse mit der Präsentation seiner riesigen, sorgsam beschrifteten Samen-Tüten-Bank beantwortet.

„Ich bin ein Karsianer“, sagt er nicht mehr, aber er war es, seit dem Referendariat 1969 hat er an keiner anderen Schule unterrichtet, oder besser, Kinder

lernen lassen, denn „Lernen ist mehr, als unterrichtet zu werden“. Zwischenzeitlich für elf Jahre und mit halber Stelle an die Senatsbehörde u. a. zur Schaffung eines Informatikcurriculums abgeordnet, war er von 1992-2006 Schulleiter dieser so besonderen Schule von 0-13, die „Langzeitform“ ist und bleibt sein Idealbild der einen Schule für alle.

„Ich bin ein GGGler“, sagt er hoffentlich noch lange, Mitglied ist er seit 40 Jahren, seit 1999, dem Jahr des Bundeskongresses an seiner Fritz-Karsen-Schule, auch im Bundesvorstand, von 2007 bis vor wenigen Monaten als Vorsitzender. Den Umfang und die Bedeutung seiner Leistungen für die GGG können die wenigsten ermessen. Es ist hier nicht der Platz, sie zu würdigen – davon ist zu wenig und es wäre zu früh, denn Lothar Sack ist weiterhin ggg-aktiv – als stellvertretender Bundesvorsitzender und im Landesverband Berlin, es ist kaum zu glauben und nicht zu wünschen, dass er bald aufhört.

Kaum zu glauben sind auch die 75 Lebensjahre, die er nun bereits vollendet hat. Umso mehr wünschen wir ihm, von dem wir wissen, dass ihm Geburtstage ziemlich egal sind, alles erdenklich Gute. „Wozu“, wird er wahrscheinlich sagen, „alt zu werden ist kein Verdienst“. Und: „Danke für die Würdigung. Aber ich hätte keinen Satz mit ‚ich‘ angefangen.“

MICHAEL HÜTTENBERGER

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft

Günter Hermkes
Hermann-J. Wübbels
Margaret Kierney
Diderk Wirminghaus
Michael Fink
Ingrid Ahlring
Manfred Weiß
Georg Hansen
Hans Schlingmann

Samtgemeinde Tarmstedt

Barbara Reißig
Barbara Schreyögg
Sybille von Soden

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Holle Deneffe (23.07.1941)
LieseloreSelbstaedt (09.08.1941)
Wolfgang Höhner (17.08.1941)
Helmut Tschampa (12.09.1941)

Wir gratulieren zum 80. Geburtstag

Artur Flemming (11.07.1936)
Karl-Heinz Adamski (18.07.1936)
Frieder Schöbel (24.07.1936)
Christa Lohmann (09.08.1936)
Christa Burbat (31.08.1936)

Wir gratulieren zum 85. Geburtstag

Herbert Golz (22.08.1931)

BADEN-WÜRTTEMBERG

Moderate Gemeinschaftsschulentscheidungen mit Untiefen

Es hätte schlimmer kommen können: Die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarung der neuen grün-schwarzen Landesregierung sind durchaus moderat.

- Am pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule wird nichts geändert.
- Es können weitere Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden.
- Die Gemeinschaftsschulen, die eine Jahrgangsbreite von 60 Schüler/-innen für die Oberstufe haben, dürfen eigene Oberstufen bilden.
- Schulen, die das möchten, können sich dafür entscheiden, ab Klasse 8 in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und in den naturwissenschaftlichen Fächern – wie heißt es so schön – „leistungsdifferenzierte Gruppen zu unterrichten“ (Koalitionsvereinbarung S. 28).
- Ab Jahrgang 8 wird in einem Schulversuch Gemeinschaftsschulen „ermöglicht“, den offenen statt den gebundenen Ganztags anzubieten.

Grundsätzlich gilt nach wie vor: An baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen gibt es keine äußere Fachleistungsdifferenzierung bis Jahrgang 10. Gemeinschaftsschulen, denen dieser Entwicklungsschritt zu groß zu sein scheint, haben nun konzeptionelle Änderungsmöglichkeiten (s. o.).

Im Gymnasium bleibt es bei G8, nur die 44 G9-Modellschulen werden weitergeführt.

Die Realschule wird deutlich gestärkt. Sie erhält zusätzliche Ressourcen und kann sich zwischen offener und gebundener Ganztagschule entscheiden. Sie führt nun auch zum Hauptschulabschluss. In den Jahrgängen 5 und 6 arbeitet sie ohne äußere Differenzierung und bildet ab Jahrgang 7 abschlussbezogene Klassen. Sie kann nun auch ganz offiziell auf dem gymnasialen Niveau Schüler/-innen unterrichten und hat die Möglichkeit zur Kursbildung in drei Fächern ab Klasse 8. Damit nähert sie sich

stark dem System der alten Gesamtschulen in BW an.

Interessanterweise bewegt sich die Staudinger Gesamtschule in Freiburg genau in die entgegengesetzte Richtung: Voll integrierter Unterricht von Klasse 5 bis 10!

Das scheinbare „Alternativmodell“ Realschule wird voraussichtlich bei vielen Beteiligten (Eltern und Lehrkräften) eine hohe Zugkraft entwickeln. Dies kann durchaus zu einer Schwächung der Gemeinschaftsschule führen.

Wichtig wird es sein, genau darauf zu schauen, wie die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung im Kultusministerium gestaltet wird. Nach vier Jahren unter SPD-Führung ist es wieder in der Hand der CDU. Entsprechend sind die Befürchtungen, wie auf die Gemeinschaftsschulen eingewirkt wird und welche Entwicklungschancen oder -blockaden sie erfahren werden.

Ein Literaturtipp: Die Ergebnisse der Studie zur Gemeinschaftsschule zeigen deutlich, dass es einige sehr erfolgreiche Gemeinschaftsschulen gibt und dass das Konzept trägt. Thorsten Bohl und das Forscherteam haben präzise identifiziert, was gute Gemeinschaftsschulen ausmacht: Bohl, Thorsten/Wacker, Albrecht (Hrsg.) (2016): Die Einführung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung (WissGem). Münster: Waxmannverlag. KATRIN HÖHMANN, JÜRGEN LEONHARDT, MATTHIAS WAGNER-UHL

BAYERN

Nach der Neugründung des LV Bayern im März 2014 wurde am 28. April dieses Jahres satzungsgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Neuer wie alter Vorsitzender ist Michael Peter. Er engagiert sich nicht nur auf der Ebene der Verbandsarbeit für die Idee der Gesamtschule, sondern ist als Lehrer an der Willy-Brandt-Gesamtschule in München einer der führenden Verfechter für die dort in den letzten Jahren intensiv vorangetriebene pädagogische Neuausrichtung.

Da wir uns in Bayern sozusagen in einer Gesamtschuldiaspora befinden, ist es naheliegend, dass die Arbeit des Landesverbandes personell und inhaltlich stark mit der städtischen Willy-Brandt-Gesamtschule – eine von nur zwei Gesamtschulen Bayerns – verknüpft ist. Erfreulich ist es daher, dass Frau Anja Milosevic als stellvertretende Vorsitzende gewonnen werden konnte. Sie ist Studentin der Psychologie und engagiert sich ehrenamtlich in verschiedenen Bereichen für Kinder und Jugendliche. Daher kennt sie die Problematiken des dreigliedrigen Schulsystems, insbesondere die belastende Situation vor dem Übertritt in die 5. Jahrgangsstufe. Diese Erfahrung motiviert sie, sich für die Schulform „Gesamtschule“ zu engagieren.

Die drei Beisitzer sind Cornelia Folger, die Schulleiterin der Willy-Brandt-Gesamtschule, sowie Manuela Massaquoi und Ruth Schittich, beide ehemalige Elternvertreterinnen. Alle drei waren auch bisher Mitglieder des Vorstands.

Eine weitere erfreuliche Entwicklung konnte Michael Peter den anwesenden Mitgliedern berichten. Die zweite bayerische Gesamtschule, die staatliche Gesamtschule Hollfeld im Landkreis Bayreuth, ist der GGG beigetreten. Eine Unterstützung aus dem Norden Bayerns und ein Ansatzpunkt für einen fachlichen Austausch der beiden Gesamtschulen – Vernetzung als Grundvoraussetzung um Ideen voranzubringen. MICHAEL PETER

BERLIN

Berliner Gemeinschaftsschulen – Erstaunliche Erfolge durch wissenschaftliche Begleitung bestätigt

Zur Erinnerung: Berliner Gemeinschaftsschulen sind Schulen des gemeinsamen Lernens von Jahrgang 1 bis 10 bzw. 13. Sie verzichten grundsätzlich auf äußere Fachleistungsdifferenzierung, viele praktizieren Jahrgangsmischung auch in der Sekundarstufe, einige verzichten auf

übliche Ziffernnoten bis zum Beginn des Jahrgangs 9. Ursprüngliche Absicht der 2008 begonnenen Pilotphase war, verschiedene Wege von den bestehenden Schulformen zu Schulen des gemeinsamen Lernens zu erproben, deshalb haben die Schulen sehr unterschiedliche Historien: Grundschulen, die ihre Schüler behalten; Gesamtschulen, die eine eigene Grundstufe gründen; mehrere Schulen verschiedenen Typs, die fusionieren; Neugründungen.

Der Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung (WB) unter der Leitung der Universität Hamburg (Prof. Johannes Bastian) umfasst die Teilstudien Unterrichtsgestaltung und -entwicklung und Lernstandsentwicklung.

Erregten schon die vorigen Berichte Aufmerksamkeit, so werden deren positive Ergebnisse durch den aktuellen Bericht vom April 2016 in erstaunlicher Weise übertroffen: Die Teamarbeit hat bei den befragten ca. 1000 Lehrern einen hohen Stellenwert (89% Zustimmung). Ähnlich positiv werden u. a. selbstständige Schülerarbeit (90%) und regelmäßiges Schülerfeedback (81%) eingeschätzt.

Zeigte schon die vorige Längsschnittuntersuchung (1. Kohorte GemS 1, 2. Schülerdurchlauf) gegenüber der Kontrollgruppe (HH-KG) speziell im Deutschbereich erstaunliche Lernzuwächse, so konnten diese in der aktuellen Untersuchung (2. Kohorte GemS 2, 5. Schülerdurchlauf) auf alle Kompetenzbereiche ausgedehnt werden. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Klassenstufen 7 bis Anfang 9; die Klassenstufen 9 und 10 werden nach Beendigung des aktuellen Schuljahres ausgewertet.

„Erwartungswidrig“ ist, dass die Lernzuwächse in allen Kompetenzbereichen unabhängig von der sozialen Herkunft der Schüler/-innen sind, die Gruppe der Schulen mit dem ungünstigsten Sozialindex erzielt sogar die höchsten Lernzuwächse. Jungen und Mädchen haben in allen Kompetenzbereichen gleiche Lernzuwächse. Andere Untersuchungen eher bestätigend gab es nahezu gleiche Zuwächse in Klassen, die ohne bzw. gemeinsam mit Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf

lernen, bei leichten Vorteilen für die letzten. Dabei erzielten Schüler/-innen mit Förderbedarf beachtliche Lernfortschritte.

Die WB wurde von den Schulen als fair und unterstützend wahrgenommen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die wissenschaftliche Begleitung selbst ein Erfolgsfaktor für die Pilotphase ist (Materialien, Erklärungen und Presseberichte zur WB sind zu finden unter: www.ggg-berlin.de).

Bildungssenatorin Sandra Scheres (SPD) will nun „das Angebot der Gemeinschaftsschulen in Berlin als besondere Ausprägung der Integrierten Sekundarschule dauerhaft verstetigt“ wissen. Hoffentlich gibt der Ausgang der Wahlen im Herbst Gelegenheit, diese Absicht in politisches Handeln umzusetzen und die guten Erfahrungen der Gemeinschaftsschulen für die Arbeit auch der anderen Schulen fruchtbar zu machen.

LOTHAR SACK

BREMEN

In Bremen schlägt die Ressourcenknappheit bei den Ganztagschulen durch, wie die Bertelsmann Stiftung kürzlich zu berichten wusste. So verkomme der Ausbau der Ganztagschulen pädagogisch gesehen zur ‚Luftnummer‘, wie die Autoren der Studie Klemm/Zorn feststellen. Nun ist das allerdings die halbe Wahrheit, denn die Bertelsmann Stiftung rechnet nur die Lehrerstunden zusammen und kommt dann auf ein für Bremen negatives Ergebnis. Die Behörde konstatiert dagegen, dass in einer gebundenen Ganztagschule mit 35 Std. wöchentlich pro Klassenverband vier Lehrer- und 16 Erzieherstunden zur Verfügung stünden, so dass Bremen damit über dem Bundesdurchschnitt liege. Insofern sei das Ranking fragwürdig. Dennoch wird in der Studie nachgewiesen, dass Bremen nur mit geringen finanziellen Mitteln im Gegensatz zu den anderen Bundesländern die zusätzliche Lernzeit finanziere, was heißt, dass auch Honorarkräfte und Übungsleiter von externen Trägern pädagogische Aufgaben

übernehmen. Längerfristig wird Bremen nicht umhin können, mehr Lehrerstunden für den Ganztagsbetrieb bereitzustellen, um die Lernbedingungen zu optimieren.

KARLHEINZ KOKE

HAMBURG

Schulfrieden in Hamburg

Mit einer Kleinen Anfrage hatte die CDU im April die Daten der Anmeldeunde vom Februar in die Öffentlichkeit gehoben und dabei neben den sinkenden Anmeldezahlen an Stadtteilschulen auf die geringer werdenden Anteile an gymnasial empfohlenen Schülerinnen und Schülern fokussiert; ganz sicher Anlass zur Besorgnis. In der teilweise skurril bis beängstigend anmutenden öffentlichen Diskussion fehlte es an Patentrezepten nicht: Eine möglichst frühe und umfassende äußere Leistungs differenzierung, besserer Fachunterricht in den klassischen Unterrichtsfächern, mehr und qualitativ anspruchsvollere Hausaufgaben und die Förderung besonders begabter Kinder ... Die Ratgeber schienen sich einig – die Aufgabe, an der „Schieflage“ des Zweisäulenmodells etwas zu ändern, liegt in den Händen der Stadtteilschulen allein – etwas mehr anstrengen bitte.

Mit einer Presseerklärung „Allseitige Anstrengung tut not“ schaltete sich der Landesvorstand am 25.04.2016 in die Debatte ein und verdeutlichte, dass es keine einfachen Lösungen geben kann und dass gute Konzepte vor Ort nur mit allen Beteiligten gemeinsam gefunden werden können.

In der Konstellation eines Zwei-Säulen-Modells sind es die Stadtteilschulen allein, die das erklärte Ziel haben, den Spagat zwischen sozialem Ausgleich und dem Anspruch auf Leistungsorientierung zu leisten. Ein Anspruch, den sie übrigens schon heute mit steigenden Abiturientenzahlen und sinkenden Abbrecherquoten bei zumeist äußerst schwierigen Rahmenbedingungen einlösen. Neben den Anstrengungen der Schulen ist es aber Aufgabe der

Administration und der Politik, förderliche Rahmenbedingungen zu setzen, gute Kooperationen zu ermöglichen und beispielsweise für einen „Best-Practice-Austausch“ zwischen den Schulen zu sorgen. Die GGG mahnte die deutliche Wahrnehmung der Aufgabe der Prozesssteuerung an.

Einen Monat zuvor hatte der Landesvorstand mit Senator Rabe in einem Gespräch bereits diese Fragen erörtert und einen neuen Dialog angeregt. Auf einer Tagung der Schulleiter und Schulleiterinnen der Stadtteilschulen im April nutzte der Senator die Gelegenheit, die bekannten Interpretationen und Überlegungen zur Erhöhung der Attraktivität der Stadtteilschulen für Eltern in die Diskussion mit den Schulleitungen einzubringen. Nur einen Tag später wurden wörtliche Zitate des Senators in der Presse veröffentlicht – nun aber in der Form einer öffentlichen Schelte – etwas mehr anstrengen bitte. Ein zumindest überraschender ungewöhnlicher Umgang mit Schulleitungen in der Stadt.

Am 5. April fand in Kooperation mit dem Landesinstitut eine Veranstaltung zu Fragen der Leistungsrückmeldung statt. Referenten waren Andreas Giese vom Landesinstitut Hamburg, der die Eckdaten des Hamburger Schulversuchs „Alleskönner“ erläuterte, und Felix Winter, der Chancen und Risiken einer formativen Leistungsbeurteilung darstellte.

Vom 18. bis 20. April fanden zum zweiten Mal die Schulbesuchstage statt. Mit 115 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die Resonanz hierauf überaus positiv. Die qualitativen Rückmeldungen bestätigten uns darin, auch in 2017 gemeinsam mit den Stadtteilschulen die Schulbesuchstage anzubieten.

BARBARA RIEKMANN

NIEDERSACHSEN

Die Gesamtschulen in Niedersachsen bleiben nach Einführung der „inklusive Schule“ die Nummer Eins für Eltern, wenn es um inklusiven Unterricht geht (siehe auch: Länderbericht 2/2016). Die Forderungen

der GGG an die Landespolitik bleiben auch deshalb bestehen: Gleichstellung für alle Lehrämter, also auch und vor allem die Möglichkeit für Förderlehrkräfte, eine Gesamtschule als Stammschule zu haben und nicht nur abgeordnet zu werden sowie das Recht auf Bewerbung für eine Funktionsstelle. Hier scheint es im politischen Bereich Bewegung zu geben. Das Beamtenrecht soll verändert werden.

Die Schaffung eines zusätzlichen Funktionsamtes zur Koordinierung der Inklusion wird dagegen wegen der damit verbundenen Kosten derzeit nicht durchsetzbar sein. Die GGG bleibt jedoch bei dieser Forderung und hat dafür gute Gründe. Im Bereich der Förderschulen fallen Stellen weg, weil diese auch im Sekundarbereich I mit fortsetzender Inklusion z.T. auslaufen – hier wird also gespart! – und weil die Inklusion als neue Aufgabe insbesondere für Gesamtschulen hinzugekommen ist. Dies bindet Personalressourcen über die Organisation und unterrichtliche Qualitätssteigerung hinaus, z. B. bei der Zusammenarbeit mit Ämtern, Berufsschulen etc.

Als weitere neue Herausforderung ist die zunehmende Anzahl von Flüchtlingen zu sehen, die in Gesamtschulen aufgenommen werden. Die GGG hat zur Unterstützung der Gesamtschulen in Niedersachsen auf der Homepage ggg-niedersachsen.de eine Sammlung von Konzepten für Sprachlernklassen und ein Übergangsmanagement in Regelklassen veröffentlicht. Diese Konzepte zeigen die pädagogische Expertise von niedersächsischen Gesamtschulen, was den Umgang mit heterogenen Gruppen und Lehrerkoope- ration angeht. Analphabetismus, nicht in lateinischer Schrift alphabetisierte Schüler, Hochbegabte, unregelmäßige Schulbesuche, vormaliger Besuch einer Eliteschule – alles in einer (Sprachlern-) Klasse – tatsächlich eine Herausforderung für Lehrkräfte. Die Konzepte verdeutlichen aber auch, dass das Ziel der Integration in der eigenen Schule von Anfang an mitgedacht wird. Hier macht die Gesamtschule der Gesellschaft wieder vor, wie wirkliche Integration aussehen kann (und muss!).

Die GGG unterstützt mit dieser Plattform

die Weiterentwicklung von Gesamtschulen. Neben dieser „Serviceleistung“ bleibt die Aufgabe, in der Bildungspolitik politisch Einfluss zu nehmen. So hat sich die GGG intensiv bei der Neugestaltung des Schulgesetzes eingebracht. Das neue Schulgesetz verbessert die Stellung der Gesamtschulen gegenüber anderen Schulformen. Das hat auch zu einer stärkeren Neugründung von integrierten Schulen geführt. In der Praxis zeigen sich jedoch auch vereinzelt Probleme.

So hat das niedersächsische Schulgesetz Wert darauf gelegt, den kommunalen Trägern bei der Entscheidung über die Errichtung von Schulen mehr Einfluss einzuräumen. Begründung war, dass regionalen Bedingungen besser durch Entscheidungen „vor Ort“ als durch eine zentrale Steuerung begegnet werden kann. Die GGG hatte sich bei der Diskussion prinzipiell auch dafür ausgesprochen.

Allerdings erfährt die GGG bei der Beratung von Schulträgern auch, dass der Frage der Qualität einer Neugründung nicht automatisch so viel Raum eingeräumt wird wie der Frage des Erhalts eines ortsnahen Schulangebots unter allen Bedingungen. Auch die mögliche Schwächung von bestehenden Gesamtschulen durch die Konkurrenz um bestimmte Schülergruppen sowie die Einrichtung von Schuleinzugsbezirken spielt bei einer „Kirchturmsbildungspolitik“ nur eine untergeordnete Rolle. Eine regionale Bildungsplanung wird durch solche Motive erschwert.

„Gesamtschulkannibalismus“ kann nicht als Kollateralschaden einer Wachstumpolitik für die Schulform ‚Gesamtschule‘ hingenommen werden. Soweit sind wir in Niedersachsen noch nicht – gewarnt sei jedoch rechtzeitig davor. So muss u.a. die Ausnahmeregelung für die Dreizügigkeit auf den Prüfstand. Die GGG Niedersachsen hat sich generell für die Vierzügigkeit als Mindestgröße ausgesprochen.

Die GGG fordert das Land auf, zu einer wirkungsvolleren fachlichen Prüfung, die nicht nur die Einzelschule im Blick hat, durch die Schulbehörden und das MK selbst zurückzukehren.

RAIMUND OEHLMANN

RHEINLAND-PFALZ

Rheinland-Pfalz hat gewählt

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat das Rennen wider Erwarten für ihre SPD gewinnen können, brauchte aber neben den Grünen mit der FDP einen weiteren Partner. Seit Ende April liegt der Koalitionsvertrag vor. Darin gibt es u. a. Bestandsgarantien für G8-Gymnasien und Förderschulen. Die „Errichtung weiterer IGSn (soll) unter Sicherung des Qualitätsniveaus“ unterstützt werden. Einzig die Realschulen plus können sich konkreter Verabredungen erfreuen: Für sie soll es eine Imagekampagne geben und sie sollen 48 Funktionsstellen und einen zusätzlichen Studientag bekommen. Das Gymnasium bleibt in jeglicher Hinsicht unangefochten.

Leider hat die Koalition die Chance verpasst, die Auseinandersetzung mit der demographischen Entwicklung aufzunehmen und Lösungswege aufzuzeigen. Nach wie vor sind die Schülerzahlen rückläufig, mit erheblichen Stadt-Land- sowie regionalen Differenzen.

Offenbar glaubt man, dass eine PR-Kampagne und die Schaffung neuer Funktionsämter in Verbindung mit einem zusätzlichen Studientag dazu führen werden, dass die individuelle Förderung in den RS+ und damit der Übergang der Schüler/-innen nach der 4. Klasse verbessert wird. Die Erfahrungen mit den Hauptschulen und den Regionalen Schulen zeigen jedoch, dass der Zulauf zum Gymnasium und der IGS durch eine „Stärkung“ der Realschulen+ nicht aufzuhalten sein wird.

Die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen ist ungebrochen. In diesem Jahr konnten wieder mehr als 20% der angemeldeten Kinder nicht aufgenommen werden. Man darf gespannt sein, ob die Aussage zur Kooperation zwischen Schulen in der Oberstufe auch für IGSn gilt.

Leider fehlt im Koalitionsvertrag der Blick auf die Flüchtlingskinder. Sie brauchen nach unserer Meinung das Recht auf Schule schon in der Erstaufnahme-Einrichtung, flexible Altersgrenzen für die Erreichung von

Schulabschlüssen und einen hochwertigen Sprachunterricht.

Unser Fazit: Ein uninspirierter, enttäuschender Koalitionsvertrag im Bereich Schule und insgesamt eine Stärkung des Denkens in Schularten.

Mit einer doppelten Überraschung wartete die SPD personell auf. Das Wissenschaftsministerium geht an den Präsidenten der Technischen Universität Kaiserslautern, Konrad Wolf. Das Bildungsressort übernimmt Stefanie Hubig, eine in der Bildungspolitik bisher unbekannte Staatssekretärin aus dem Bundesjustizministerium. Mit ihr kommt erstmals eine Juristin an die Spitze der Bildungspolitik. Das könnte die Chance beinhalten, die inneren Strukturen des Systems zu reflektieren.

GGG-Aktivitäten

Am 21.04.2016 fand in Zusammenarbeit mit neuen Partnern (Montessori-Landesverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband RLP/Saarland, Regionale AG der freien Waldorfschulen RLP/Saarland/Luxembourg und dem Verband Deutscher Privatschulen RLP/Saarland e.V.) eine Fachtagung zum Thema „Was brauchen Kinder nach der Flucht?“ statt. Die große Nachfrage macht deutlich, wie wichtig die Thematik für die Schulen ist.

Eine weitere Tagung am 21.05.2016 war der Alphabetisierung von geflüchteten jungen Menschen gewidmet (Infos jeweils über www.ggg-rlp.org).

Für den 15.09.2016 bereiten wir zusammen mit der GEW RLP den Gesamtschultag an der IGS Kurt Schumacher in Ingelheim/Rhein vor. Wir erwarten die Leiterin der Schulpreisgewinner-Gesamtschule Barmen, Bettina Kubanek-Meis, als Hauptrednerin.
ROSEMI WAUBERT DE PUISEAU

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Am 15.04.2016 fand auf Einladung der GGG eine Tagung mit Schulleiterinnen und Schulleitern zur Situation der Ge-

meinschaftsschulen ohne Oberstufe in Schleswig-Holstein statt. Im Fokus der Diskussionen standen zwei Themenbereiche:

- Orientierungen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit (Was macht uns stark?)
- Vorschläge für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (Was brauchen wir?)

Die Ergebnisse der Tagung hier im Einzelnen darzustellen, würde den Rahmen des Länderberichtes sprengen. Die nachfolgenden Beispiele sollen einen Einblick darüber geben, worüber u.a. diskutiert wurde.

Einig waren sich die Teilnehmer/-innen darin, dass neben einem jeweils eigenen Schulprofil auch ein gemeinsamer Markenkern „Gemeinschaftsschule“ ausgeprägt sein sollte, um im Wettbewerb mit den Gymnasien bestehen zu können.

Für wichtig wurden ebenso ein engagiertes, motiviertes und ideenreiches Kollegium und die Vernetzung nach außen gehalten. Zu letzterem gehören insbesondere Kooperationen mit benachbarten Oberstufen, damit den eigenen Schülerinnen und Schülern ein konsistenter, rechtsverbindlicher und pädagogisch koordinierter Übergang in die Oberstufe angeboten werden kann.

Angeregt wurde von dem Kreis eine Initiative in Bezug auf eine den neuen Schulstrukturen in Schleswig-Holstein angepasste Schulaufsicht. Bisher ist es so, dass die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe zusammen mit den Grundschulen und Förderschulen von einer unteren, dezentral in den Kreisen angesiedelten Schulaufsicht betreut werden. Dagegen werden Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe und Gymnasien von der im Ministerium für Schule und Berufsbildung angesiedelten oberen Schulaufsicht begleitet.

Ebenso wurde übereinstimmend bemängelt, dass die zurzeit den Schulen gewährte Arbeitszeit für Schulverwaltungs-, Betreuungs- und Leitungsaufgaben sowie für Schulentwicklung bei Weitem nicht den Erfordernissen entspricht. Bedenkt man, dass sich viele Schulen noch im Übergang aus einer Schulform des gegliederten

Schulsystems in eine Gemeinschaftsschule befinden, so halten wir die fehlenden Ressourcen für die Schulentwicklung für besonders problematisch.

Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, dass die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe in der öffentlichen Wahrnehmung nicht die Anerkennung und damit auch den Zuspruch der Eltern erhalten, der ihrem pädagogischen Angebot entspricht. In einem weiteren Arbeitsschwerpunkt hat die GGG in Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen und der Landeschülervertretung Gemeinschaftsschulen eine Stellungnahme zu einem Entwurf für einheitliche Kompetenzzeugnisse der Jahrgangsstufen 5-7 an Gemeinschaftsschulen erarbeitet und diese am 28.04.2016 gegenüber der Schulaufsicht im Ministerium für Schule

und Berufsbildung vertreten. Herauskommen wird wohl ein Kompetenzzeugnis, in dem verbal zusätzlich zu den bewerteten Kompetenzen auch Beschreibungen der Lernentwicklung möglich sein werden. Auch

wenn das Ministerium nicht alle Vorschläge von uns übernehmen mochte, sei an dieser Stelle die konstruktive Zusammenarbeit hervorgehoben.

DIETER ZIELINSKI



© Wolfgang Vogel

Einladung zur Mitgliederversammlung

Termin: Samstag, 5. November 2016

Ort: Reformschule Kassel, Schulstraße 2, 34131 Kassel

Geplanter Ablauf

- 11:00 bis 12:30 Uhr Die Schule stellt sich vor (Jahrgangsübergreifende Organisation Jg. 0-10, keine Noten u. a.)
- 14:00 bis 16:00 Uhr Mitgliederversammlung

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
2. Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
3. Bestellung der Protokollant/-innen
4. Genehmigung/Änderung der Tagesordnung
5. Genehmigung/Änderung des Protokolls der MV 2015
6. Berichte und Entscheidungen – Ergebnisse der Klausur 17./18.09.2016
7. Haushaltsplan 2016
8. Entlastung
9. Anträge
10. Verschiedenes

Endlich Ferien!



GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Hauptstraße 8, D-26427 Stededorf
Fon: +49-4971-94668-0
Fax: +49-4971-94668-1
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
www.ggg-bund.de